

## A u f z e i c h n u n g

Besuch des österreichischen Aussenministers  
Willibald Pahr in Bern am 2. September 1979

Bundesrat Pierre Aubert eröffnete die Sitzung, indem er die österreichischen Gäste begrüßte und hernach gleich zum ersten Gesprächsbereich schritt: den bilateralen Beziehungen.

### I. Bilaterale Fragen

#### a) Kontaktgespräche auf hoher Beamtenebene

Dank den Kontaktgesprächen auf hoher Beamtenebene hat sich, so Bundesrat Aubert, zwischen Oesterreich und der Schweiz ein privilegierter Gedankenaustausch in Form eines permanenten Dialogs eingespielt, den es in seiner Art weiterzupflegen gilt. Aussenminister Pahr pflichtete dieser Ansicht voll bei und betonte namentlich, der nicht-institutionelle Charakter dieser Kontaktgespräche müsse auch in Zukunft gewahrt bleiben.

#### b) Abkommen über die konsularische Zusammenarbeit

Mit der Unterzeichnung des Abkommens (die Unterzeichnung fand am 2. September um 12.30 Uhr im Von-Wattenwylhaus statt) über die konsularische Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Oesterreich wagten, wie Bundesrat Aubert hervorhob, die beiden Staaten einen Schritt in eine Richtung, welche als Vorbild für gute Zusammenarbeit hingestellt werden könne. Diesem Vertragswerk komme aus österreichischer Sicht, so Aussenminister Pahr, ebenfalls neuartige Bedeutung zu. Im Hinblick auf die Bewährungsprobe sei die Limitierung der Geltungsdauer und der Postenzahl zu begrüßen.

c) Strassenübergang St. Margrethen/Höchst

Botschafter Diez erläuterte die Bedeutung des Strassenübergangs in St. Margrethen/Höchst. Nach Ansicht der Schweiz sollten, so wie bereits Bundesrat Chevallaz seinen Kollegen in Wien informiert habe, das österreichische Autobahnverbindungsstück und die gemeinsame Zollanlage vor dem geplanten Termin von 1983/84 realisiert werden. Aussenminister Pahr nahm diesen Wunsch entgegen, nicht ohne jedoch anzufügen, dass Oesterreich als Transitland par excellence Prioritäten setzen müsse.

d) Probleme der Rheinschifffahrt

Botschafter Diez, 1976/77 Präsident der Rhein-Zentralkommission, orientierte über ein ratifikationsbedürftiges Zusatzprotokoll zur Mannheimer Akte, welches am 17. Oktober in Strassburg unterzeichnet wird. Das Zusatzprotokoll bezweckt die Unterbindung von Dumping-Fahrten osteuropäischer Unternehmen zwischen zwei Rheinhäfen. Die Schweiz empfiehlt Oesterreich, das von diesen Massnahmen mit-erfasst werden könnte, auch - obgleich sie die österreichischen Interessen wahrnehmen werde - in dieser Angelegenheit mit der Bundesrepublik Kontakt aufzunehmen. Aussenminister Pahr verdankte die freundschaftliche Rolle der Schweiz in diesem Gremium.

e) Kleinere Fragen

Botschafter Hegner überreichte Aussenminister Pahr ein Aide-Mémoire, welches die Prüfungen für Bücherexperten betrifft. Zudem übermittelte er den schweizerischen Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit auf kinematographischem Gebiet. Ferner würde es die Schweiz begrüßen, wenn der forstpolitische Gedankenaustausch intensiviert werden könnte. Ausserdem verlas er eine Dankadresse des Amtes für Umweltschutz bezüglich der guten Zusammenarbeit in zwei Bodenseekommissionen. Aussenminister Pahr nahm die verschiedenen Anregungen dankend zur Weiterleitung entgegen.



f) Oesterreichische Wünsche im bilateralen Bereich

Anschliessend erläuterte Aussenminister Pahr drei österreichische Wünsche:

1. Das Leitplankenproblem:

In zwei Kantonen gebe es Vorstösse gegen elementare Regeln des Freihandels. Das Bundesamt für Strassenbau habe, nachdem der Kanton Schwyz einen grösseren Auftrag für Leitplanken an die Firma VOEST vergeben hätte, Einsprache wegen unlauteren Wettbewerbs erhoben. Das ganze Verfahren sei gegenwärtig gerichtsanhängig, und Oesterreich habe insbesondere mit dem BAWI deswegen Kontakt aufgenommen. Als gravierend taxierte Aussenminister Pahr das Verhalten des Kantons Graubünden: Bereits bei der Projektausschreibung sei zur Bedingung gemacht worden, dass lediglich Leitplanken schweizerischer Provenienz bei der Auftragserteilung berücksichtigt werden könnten. Ein solches Vorgehen sei nicht EFTA-konform.

2. Geschichtsbücherkorrektur:

Aussenminister Pahr regte an, dass die wichtigsten Lehrbücher für das Fach "Geschichte" von einer gemeinsamen Kommission durchgesehen würden, um der Darstellung des Nachbarlandes zu grösserer Objektivität zu verhelfen.

3. Rüstungsfragen:

Oesterreich und die Schweiz betrieben einen regen Austausch von Rüstungsmaterial, was insbesondere vom aussenpolitischen Standpunkt nur zu begrüssen sei. Allerdings harrete noch ein Problem der Lösung. Gemäss der österreichischen Waffenexportgesetzgebung müsse Oesterreich - wie übrigens die Schweiz auch - die Waffen- ausfuhr in Krisengebiete limitieren. Die Frage stelle sich nun, ob, sollte Oesterreich einmal von der Schweiz als Krisengebiet deklariert werden, die Schweiz dann noch Waffen liefern könnte. Dieses Problem, wie nämlich die Zusammenarbeit auch in Krisenzeiten möglich sei, müsse in seinen politischen und völkerrechtlichen Auswirkungen von militärischen und juristischen Experten studiert werden.



Denn je enger die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ausgestaltet sei, desto brennender könnte sich das Problem stellen. Gerade dann nämlich, wenn man die Waffen am dringendsten brauchte, könnte es sein, dass das andere Land sie nicht mehr liefern dürfe. Bundesrat Aubert nahm die drei Wünsche entgegen. Er unterstrich die Bedeutung des Waffenausfuhrproblems; die Schweiz werde es zur Kenntnis nehmen und den Experten zur Prüfung übergeben.

ad 1)

Bezüglich des Leitplankenproblems erwiderte Botschafter Sommaruga, leider komme es immer wieder vor, dass trotz Uebereinkommen Schwierigkeiten bei der Anwendung der Vertragstexte entstanden. Im Kanton Graubünden zeichnete sich nun eine Lösung ab, indem auch eine Tochtergesellschaft der VOEST mit einem Teilauftrag be-  
dacht werden soll. Zum Schwyzer Fall: Das Bundesamt für Strassenbau sei formell berechtigt gewesen, in diese Materie einzugreifen, da Merkmale eines unlauteren Wettbewerbs vorgelegen hätten. Schwieriger sei es freilich festzustellen, wie weit sich diese Merkmale erstreckten. Er versicherte jedoch Aussenminister Pahr, dass sich die Bundesbehörden mit diesem gerichtsanhängigen Fall beschäftigten und Oesterreich auf dem laufenden halten würden. Aussenminister Pahr dankte für die eidgenössische Kooperationsbereitschaft.

ad 2)

Botschafter Hegner und Diez erläuterten konstitutionelle und praktische Schwierigkeiten, welche einer gemeinsamen Durchsicht der Geschichtsbücher entgegenwirkten. Aussenminister Pahr erwähnte die positiven österreichischen Erfahrungen auf diesem Gebiet mit Polen, Ungarn und Italien. Botschafter Thalberg schilderte, wie in einem schweizerischen Lehrbuch von einem freiwilligen Beitritt Oesterreichs zum Deutschen Reich gesprochen wird, gerade als ob es den Anschluss nie gegeben hätte. Botschafter Keller bekundete seine Bereitschaft, die Dokumente, welche von der österreichi-



schen Kommission zur Ueberprüfung der Geschichtsbücher bereits erstellt wurden, entgegenzunehmen.

## II. Weltprobleme

### a) Politisierung der internationalen Organisationen

Bundesrat Aubert leitete auf das Problem der zunehmenden Politisierung von internationalen Organisationen über und erwähnte auch kurz das negative Image, welches dadurch in der schweizerischen Oeffentlichkeit entstehe. WHO, UPU und WIPO seien drei Beispiele von Organisationen, die jüngst in den Sog der Politisierung geraten seien und sich mit Anträgen auf den Ausschluss eines oder mehrerer Mitgliedstaaten zu befassen hätten. Die Schweiz, welche Staaten und nicht Regierungen anerkenne, halte das Prinzip der Universalität hoch und werde sich demgemäss gegen jeden Ausschlussantrag wehren. Die zwei neutralen Staaten sollten eine Methode zur Bekämpfung dieser Politisierungstendenz entwickeln. Aussenminister Pahr teilte voll und ganz die schweizerische Auffassung. Die Spezialorganisationen haben sich seiner Meinung nach nicht mit Politik zu befassen. An der Universalität müsse absolut festgehalten werden. Dies erkläre auch, weshalb Oesterreich seine Beziehungen zu Südafrika unverändert aufrechterhalte. Bundesrat Aubert regte an, diese Frage auf der Ebene hoher Beamter weiterzuverfolgen. Botschafter Hegner wies auf die Möglichkeit hin, diese Frage beim demnächst stattfindenden Treffen zwischen Botschafter Rudofsky und Frau Botschafterin Pometta zu erörtern.

### b) Caucus-Verhandlungsmethode

Aussenminister Pahr warf die Frage auf, ob die neutralen Staaten nicht durch eine Verhandlungsmethode, wie sie sich zusehends in internationalen Gremien durchsetze, benachteiligt würden. Sie könnten ihre Stimme meistens nur noch in Gruppen abgeben und hät-

- 6 -

ten keine Möglichkeit, ihren Willen gesondert zum Ausdruck bringen könnten. Botschafter Hegner erwiderte, der Schweiz missfalle das Caucus-System in der ECE ebenfalls etwas, wenngleich die Position der Neutralen innerhalb der Gruppe B insgesamt nicht als prekär bezeichnet werden könne. Minister Zwahlen fügte bei, dass vornehmlich die Koordinationsvorbereitung innerhalb der Gruppe B besser organisiert werden müsste. Aussenminister Fahr unterstützte diese Ansicht und fügte bei, Oesterreich habe oft Schwierigkeiten, seine Meinung in dieser Gruppe zu formulieren, da die Neun nach einer internen Beschlussfassung Oesterreich keine Bewegungsfreiheit mehr zugeständen.

c) Haltung gegenüber den blockfreien Staaten

Bundesrat Aubert erkundigte sich über die österreichische Haltung den Blockfreien gegenüber. Wiewohl die schweizerische öffentliche Meinung grossenteils den von den blockfreien Staaten verfochtenen politischen Programmen skeptisch gegenübersteht, nahm die Schweiz, nicht zuletzt geleitet vom Respekt für das Universalitätsprinzip, an der Havanna-Konferenz als Gast teil. Sollte sich indes herausstellen, dass eine allzu antiwestlich ausgerichtete Haltung in Havanna die Oberhand erringte, dann müsste die Schweiz allenfalls selbst die bescheidene Präsenz mit Gaststatus an den Veranstaltungen der Blockfreien überprüfen. Bundesrat Aubert schlug vor, dass auf der Ebene hoher Beamter die Haltung der beiden Länder koordiniert würde.

Aussenminister Fahr umriss die österreichische Position als eine der Aequidistanz zu beiden Blöcken. Daher sei Oesterreich den Blockfreien gegenüber prinzipiell positiv eingestellt, obschon man sich mit der Bewegung nicht identifizieren wolle. Die neue Tendenz einiger Blockfreier, sich den von der Sowjetunion ver-

./.



tretenen Ideen anzunähern, erschwere allerdings das bisher erbrachte Wohlwollen. Möglicherweise müsse Oesterreich - bei aller Pflicht, sich an den Quellen zu informieren - sein Verhalten nach der Havanna-Konferenz ebenfalls überprüfen. Dann wäre es sehr empfehlenswert, wenn beide Staaten einen gemeinsamen Standpunkt suchten.

Bundesrat Aubert fragte sich, ob anlässlich des Treffens der vier Staats- bzw. Generalsekretäre Ende September die Neutralen nicht eine gemeinsame Erklärung herausgeben könnten, in welcher sie zur Nicht-Identifizierung der europäischen Neutralen mit der Bewegung der Blockfreien Stellung bezögen. Aussenminister Pahr erachtete ein gemeinsames Studium des Problems als wünschenswert, hernach dagegen sollte jeder Staat die ihm eigenen Konsequenzen ziehen.

Botschafter Brunner führte an, dass die sich in Havanna abzeichnende Tendenz, zumal da 1962 das Präsidium an einen radikalen arabischen Staat übergehe, in Zukunft wohl fortgesetzt werde. Dies spreche für eine Ueberprüfung der weiteren Teilnahme an den Blockfreien-Konferenzen. Andererseits seien gemässigte Länder wie Jugoslawien und Indien - ebenso wie die USA - für eine Präsenz der europäischen Neutralen dankbar. Aussenminister Pahr, obschon er die eher pessimistische Betrachtungsweise Botschafter Brunners nicht ganz teile, räumte ein, Havanna sei möglicherweise das Ende der Blockfreiheit. Dennoch sei eine Teilnahme - unter ausdrücklicher Nicht-Identifizierung mit der Bewegung - vor allem wegen den Kontaktgelegenheiten mit wichtigen Staaten so lange als möglich aufrechtzuerhalten.

### III. Spannungsherde

#### a) Die PLO

Die PLO stelle gegenwärtig, so Bundesrat Aubert, eines der akutesten internationalen Probleme dar. Eine Anerkennung der PLO komme aus dem bereits erwähnten Grundsatz, dass die Schweiz nur Staaten, nicht dagegen Regierungen oder Bewegungen anerkenne, nicht in Frage. Dagegen hätte die Schweiz bereits 1975 der PLO erlaubt, in Genf eine Beobachtermission bei den Vereinten Nationen zu eröffnen. Ferner habe der Bundesrat einem Höflichkeitsbesuch von seiten eines Repräsentanten der PLO im Prinzip zugestimmt. Unmittelbar nach der Signatur der Washingtoner Verträge aber sei aus Neutralitätspolitischen Gründen ein solcher Besuch nicht in Betracht gekommen. Die Schweiz verfolge jedoch mit grossem Interesse die neuste Entwicklung, wie sie insbesondere durch die Begegnung Kreisky/Arafat markiert wurde. Und Bundesrat Aubert fragte seinen österreichischen Kollegen, ob die beiden Neutralen etwas zur Stärkung des Friedens in dieser Region beitragen könnten.

Nach Aussenminister Pahr gehen Oesterreichs Bemühungen dahin, den Frieden im Nahen Osten und die Sicherheit Israels gleichzeitig zu stärken. Bundeskanzler Kreisky unternehme in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der sozialistischen Internationale etwelche Demarchen zur Beilegung des Nahostproblems. Was die PLO betreffe, so komme eine völkerrechtliche Anerkennung durch Oesterreich ebenfalls nicht in Frage. Die PLO hätte in Wien lediglich ein Beobachterbüro bei den Internationalen Organisationen.

Anders hingegen sei es mit der Anerkennung der PLO als Verhandlungspartnerin, deren Legitimität, für die Palästinenser zu sprechen von der Mehrheit dieses Volkes anerkannt werde. Bei einer Regelung des Nahost-Problems komme man um die PLO nicht umhin. Sie müsse in



die Gespräche einbezogen werden, wann immer es darum gehe, das Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser zu konkretisieren. Oesterreich wolle seine Informationen an der Quelle beziehen, darum spreche es auch mit der PLO. Dies ändere aber nichts an der grundsätzlichen Ablehnung jeglicher Form von Terrorismus und an der Bejahung des israelisch-ägyptischen Friedensvertrages als eines ersten Schrittes in Richtung einer umfassenden Friedenslösung für den Nahen Osten. Bundesrat Aubert bemerkte, der Empfang von Leuten könne freilich auch eine moralische Unterstützung für deren Sache bedeuten. Zudem erachteten viele die PLO als nicht repräsentativ für die Palästinenser. Botschafter Brunner kam auf die Frage zurück, was die Neutralen zur Friedenslösung beitragen könnten. Auf die beiden Voten erwiderte Pahr, eine Verhandlung mit der PLO bedeute gewiss eine moralische Stärkung dieser Gruppe. Doch die PLO sei einem Parlamente vergleichbar, wo es verschiedene Fraktionen gebe. Es gehe folglich darum, den Gemässigten Auftrieb zu verschaffen. Oesterreich hätte feststellen können, dass jene, welche Israel ein Existenzrecht zugestehen möchten, zusehends stärker würden. Im übrigen sei die PLO nun auch von Jordanien anerkannt worden, und die Entwicklung rechtfertige es gegenwärtig, diese Organisation als legitime Vertreterin der Palästinenser zu betrachten.

#### b) Das Flüchtlingsproblem in Südostasien

Arthur Bill, gerade von einer Erkundungsreise nach Indochina zurückgekehrt, berichtete über die schweizerischen Hilfsmassnahmen zugunsten der Flüchtlinge in Indochina. Im Rahmen des UNHCR-Programms übernimmt die Schweiz Koordinationsaufgaben bei der Errichtung von zwei grossen langfristig angelegten Transitcamps in Indonesien und auf den Philippinen (Aufnahmekapazität: ca. 30'000 bzw. 50'000 Personen). Nächste Woche werde ein Team von sieben Bauspezialisten nach Indonesien abreisen, und bald werde sich auch eine Vierer-Gruppe auf die Philippinen begeben, um bei der Bau-



- 10 -

und Finanzberatung behilflich zu sein. Auf eine entsprechende Frage von Aussenminister Pahr erklärte Herr Bill, er hätte während seines Besuches in den Flüchtlingslagern feststellen können, dass die Leute zwar von der Idee solch riesiger Durchgangslager nicht begeistert seien, sie aber immerhin "faute de mieux" akzeptierten. 90 % der Flüchtlinge möchten später in die USA übersiedeln. Zum Problem des Flüchtlingsstromes meinte Herr Bill, der Strom sei letztthin stark zurückgegangen, die Befürchtung bestehe jedoch, dass in einem halben Jahr, sobald sich der Westen von der ersten Welle erholt hätte, die Zahlen wieder hochschnellten.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung orientierte Bundesrat Aubert den Österreichischen Aussenminister über die Gespräche, die er mit Herrn Victor Umbricht im Anschluss an dessen Reise nach Kampuchea geführt hatte. Herr Pahr nahm die Informationen dankend zur Kenntnis. Allerdings hätte er, wie er anfügte, den Eindruck, Herr Umbricht sei sehr provietnamesisch eingestellt.

In der nächsten UNO-Generalversammlung werde das Flüchtlingsproblem sicher zur Sprache kommen, meinte Pahr. Dann werde Oesterreich auf zwei Sachverhalte hinweisen: dass es auch auf andern Kontinenten enorme Flüchtlingsprobleme gebe und dass der ganze Komplex überdies in seiner politischen Dimension ausgeleuchtet werden müsse.

#### c) Westsahara

Bundesrat Aubert wies einleitend darauf hin, dass die Schweiz vornehmlich der humanitären Hilfe wegen am Westsahara-Konflikt anteilnehme. Die Schweiz leistete 1976/77 eine beträchtliche Hilfe. Diese hat sie nun allerdings suspendiert, da sie nicht eine pure Partisanenhilfe für die Polisario erbringen möchte. Ausserdem sei sehr zu bezweifeln, ob die Hilfsmassnahmen bis zu den eigentlichen Adressaten vorgedrungen seien. Dennoch: Die Schweiz wäre bereit, an einem Hilfsprogramm des IKRK oder des UNHCR mitzuwirken, sofern die Hilfe allen Kriegsoptionen zugutekäme.



Gemäss Aussenminister Pahr's Worten hat Oesterreich in dieser Region bisher kaum eine Hilfe erbracht, obwohl es sich einem Hilfsgesuch von seiten eines internationalen Gremiums nicht unbedingt verschliessen würde. Die österreichische Hilfe zugunsten von Krisengebieten werde ohnehin nur über internationale Organisationen kanalisiert.

#### IV. Europäische Fragen

##### a) Erweiterung der EG

Dem Erweiterungsdrang der EG sollten sich nach Auffassung von Pahr die europäischen Neutralen nicht entgegenstellen. Hingegen müssten sie darauf achten, dass sie wirtschaftlich nicht diskriminiert werden, wie dies zumindest während der Uebergangsphase beim Beitritt Griechenlands der Fall sei. Gegen die Gefahr der Marginalisierung der Nicht-EG-Staaten in Europa gebe es nur ein Mittel: Stärkung des Europarates. Und ausserhalb Europas müsse man immer wieder betonen, die Neun allein seien nicht Europa. Zudem sollte der Europarat vermehrt in politischen Belangen tätig werden.

##### b) Europäisches Parlament

Das Verhältnis zum europäischen Parlament gebe jüngst, so Aussenminister Pahr, ein besonderes Problem auf. Insbesondere in den österreichischen Medien sei die Ansicht weitverbreitet, es hätte eine neue Stufe in der Entwicklung der EG eingesetzt, die von Oesterreich mit einem Beobachterposten beim europäischen Parlament zu beantworten sei. Pahr, solchen Vorschlägen gegenüber skeptisch, brachte als wichtigstes Gegenargument an, dass der Europarat, sollten die Nicht-Neun beim europäischen Parlament vertreten sein, noch mehr an Bedeutung verlöre. Das österreichische Parlament freilich könne seine Beziehungen zum europäischen Parlament selbst ausbauen, beispielsweise durch parlamentarische Gruppen. Botschafter Hegner bestätigte, dass sich Pahr's Ansichten weitgehend mit den schweizerischen Ideen deckten.



Aussenminister Pahr warf die Frage auf, ob nicht ein ähnliches Gebilde wie die Assoziationsverträge der EG mit den Entwicklungsländern zwischen den EFTA-Staaten und dem europäischen Parlament errichtet werden könnte. Persönlich sei er zwar eher zurückhaltend, da Assoziationsverträge oft den ersten Schritt zu einer Vollmitgliedschaft darstellten. Minister Blankart replizierte, dass Assoziationsverträge tatsächlich oft den Wartsaal für einen späteren Beitritt darstellten. Solche Kommissionen gemischter Natur könnten sich später aufdrängen, gegenwärtig bestünde allerdings kein derartiges Bedürfnis. Dagegen könnten sich Parlamentarierausschüsse aus EFTA-Staaten informell und auf eigene Initiative hin mit einem besonderen Ausschuss des europäischen Parlaments treffen.

c) Europäisches Übereinkommen zur Erhaltung freilebender Tiere

Herr Moret erkundigte sich, weshalb Oesterreich das zur Signatur offenstehende "Übereinkommen zur Erhaltung freilebender Tiere und wildwachsender Pflanzen und ihrer natürlichen Lebensräume in Europa" nicht demnächst unterzeichnen werde. Pahr erwiderte, dass Oesterreich wegen der föderalistischen Kompetenzaufteilung dieses Übereinkommen, dem es inhaltlich zustimme, vorderhand nicht unterzeichnen könne.

d) Europarat

Bundesrat Aubert regte an, dass die Schweiz und Oesterreich ihre Haltung innerhalb des Europarates besser koordinieren sollten. Aussenminister Pahr meinte, auf Regierungsebene könne, sofern diese von der parlamentarischen abgehoben werde, ohne grössere Schwierigkeiten eine bessere Koordination herbeigeführt werden. Dies erforderte auch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den ständigen Vertretern in Strassburg. Unter den parlamentarischen Delegationen dürfte sie dagegen, nicht zuletzt aus Zeitgründen, schwieriger zu realisieren sein. Freilich würde er gern den österreichischen Vorsitzenden auf diesen schweizerischen Wunsch ansprechen, und dieser könnte dann im Kontakt mit dem Chef der schweizerischen Delegation eine Koordinierung suchen.



Aussenminister Pahr gab hernach der Hoffnung Ausdruck, dass das Ministerkomitee, vielleicht auch dank dem neuen Generalsekretär, wieder etwas mehr "Policy-making" betreibe.

Bundesrat Aubert, zeigte sich überzeugt, dass mit der Wahl des Oesterreichers Karasek zum Generalsekretär der Europarat neue wichtige Impulse erhalten werde, und er bat Aussenminister Pahr, Herrn Karasek seine Glückwünsche zu übermitteln.

e) Freihandelsprobleme

Botschafter Sommaruga begrüßte die ähnliche Haltung der beiden Länder in Diskriminierungsfragen. Die Koordination könnte freilich noch gesteigert werden. So sollte das Problem - wohlverstanden müssten sich alle EFTA-Staaten auf dieselbe Position einschwören - auf Kommissionsebene in Brüssel stets von neuem erörtert werden. Um die Sensibilisierung in den einzelnen Hauptstädten voranzutreiben, müssten ferner bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Politiker aus dem EG-Raum auf dieses Problem angesprochen werden. Aussenminister Pahr versicherte, dass er diese Fragen bei Gesprächen mit Regierungsvertretern aus den EG-Staaten immer wieder anschniede. Die Koordinationsbestrebungen sollten zudem in Beamtengesprächen weiterverfolgt werden. Ausserdem müssten in Freihandelsfragen auch die anderen EFTA-Länder eine ähnliche Härte zeigen wie die Schweiz und Oesterreich.

Botschafter Sommaruga erkundigte sich über den Zeitpunkt der Inkraftsetzung des interimistischen Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Ländern und Spanien. Laut den Verfahrensbestimmungen müssten alle EFTA-Staaten ihre Einwilligung zur Inkraftsetzung erteilen. Portugal sei jedoch aufgrund der innenpolitischen Situation kaum fähig, bis zum Jahresende dieser Bestimmung nachzukommen. Werde Oesterreich nun für eine Verzögerung der Inkraftsetzung eintreten? Aussenminister Pahr antwortete, das Freihandelsabkommen mit Spanien sei ein positiver Schritt, und Oesterreich trete daher, selbst wenn nicht alle Staaten ihre Verpflichtung erfüllt hätten, für eine provisorische Inkraftsetzung ein.



f) Zusammenarbeit mit EG

Oesterreich sei an einer intensivierten Zusammenarbeit mit der EG interessiert, erklärte Aussenminister Pahr. Es gäbe Sektoren, die vom Freihandelsabkommen nicht erfasst würden. Oesterreich würde es begrüßen, wenn auch die Schweiz Demarchen zur Ausdehnung des Abkommens unternähme. Bereits im Freihandelsabkommen von 1972 sei, wie Minister Blankart ausführte, eine Entwicklungsklausel angebracht. Diese sei tatsächlich nötig, da sich die EG auf diversen Gebieten, beispielsweise in der Rechtsharmonisierung, weiterentwickelt habe. Die Schweiz habe bereits verschiedene Verträge ausgehandelt, und die Ausarbeitung weiterer sei im Gang. Es gehe einerseits um Liberalisierungsverträge, welche das Freihandelsabkommen auf neue Gebiete ausdehnten (Niederlassung im Direktversicherungsbereich, Omnibusverkehr, Euronet) und andererseits um Kooperationsabkommen, welche die Zusammenarbeit in neue Bahnen lenkten (Thermonukleare Fusion, COST, Rheinschiffahrt). Ausserdem bemühe sich die Schweiz, die Konsultationsinstrumentarien auszubauen, um Disparitäten im europäischen Rechtswesen aufgrund schierer Unkenntnis der Rechtslage zu vermeiden.

Aussenminister Pahr bemerkte, Oesterreich hätte bisher darauf verzichtet, die Evolutionsklausel anzurufen. Nach Minister Blankart ist die Evolutionsklausel ein Fetisch: Sie nütze nichts, wenn sich jemand gegen eine Entwicklung sträubte und trotzdem müsse man sie in jedem neuen Abkommen verankern.

g) Europäische Menschenrechtskonvention

Herr Krafft nannte zwei Bereiche der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMK), die sich besonders für eine Diskussion eigneten. Erstens zeichne sich eine Tendenz ab, die EMK durch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte zu erweitern. Diese Erweiterung werfe für die Schweiz Probleme auf, da sie an der ursprünglichen Fassung festhalten möchte. Zweitens kam er auf das Problem des EG-Beitritts zur EMK zu sprechen.



Aussenminister Pahr befürwortete den allfälligen EG-Beitritt. Sofern sich die EG abseits der EMK hielte, würde die Gefahr bestehen, dass sich die EG-Länder eine Sozialgesetzgebung geben könnten, welche die EMK umginge. Rechtlich werfe der EG-Beitritt zur EMK nur solche Probleme auf, wie sie sich auch beim Beitritt eines Nicht-Mitgliedes des Europarates stellten.

Was die Ausweitung der EMK betreffe, so sei er, Pahr, ein Befürworter, weil das europäische Paradigma ohne soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte nicht mehr glaubwürdig sei. Gewiss seien die wirtschaftlichen und sozialen Rechte von anderer Natur als die bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte. Diesem Aspekt sei man im Rahmen der UNO mit der Zweiteilung der Pakte und in Europa mit der Sozialcharta gerecht geworden. Die Arbeit im Europarat gehe nun dahin, die in der Sozialcharta enthaltenen Rechte als Menschenrechte zu deklarieren und mit einem eigenen Durchsetzungsmechanismus auszustatten. Seiner Ueberzeugung nach sei die erweiterte Kategorie der Menschenrechte gleichfalls justiziabel, sofern dem Menschenrechtsgerichtshof mehr Befugnisse eingeräumt würden als die der blossen Ueberprüfung der formellen Normenübereinstimmung.

#### h) Entwurf für eine Konvention gegen die Folter

Fräulein von Grünigen legte die schweizerische Position bezüglich der Ausarbeitung von neuen Menschenrechtsinstrumentarien im Bereich der Folter und Inhaftierung dar. Sie dankte Oesterreich für die Unterstützung, die es der Schweiz bei der Weiterleitung der Anmerkungen zum schwedischen Konventionsentwurf gegen die Folter gewährt hatte. Hernach informierte sie über ein allfälliges Fakultativprotokoll zur "Folterkonvention", das von der Internationalen Juristenkommission ausgearbeitet worden sei und die Möglichkeit der Kontrolle aller Haftanstalten durch den Besuch einer internationalen Kommission bezwecke. Sie fragte den Oesterreichischen Aussenminister, ob er von diesem Fakultativprotokoll Kenntnis hätte und wie weit die Arbeiten am Konventionsentwurf gegen die Folter fortgeschritten seien. Fräulein



- 16 -

von Grünigen fügte bei, dass der Begriff "Folter" anscheinend ziemlich engumgrenzt definiert sei. Die Schweiz sähe gern eine Ausdehnung dieses Begriffs auch auf unmenschliche Behandlungsweisen. Ausserdem dürfte die Stringenz der Genfer Konventionen über Kriegsvölkerrecht in keiner Weise abgeschwächt werden. Schliesslich erkundigte sie sich über den Fortgang der sogenannten Minimalprinzipien zum Schutz aller Inhaftierten. Sollten diese Prinzipien später allenfalls in eine Konvention umgewandelt werden?

Aussenminister Pahr, der alle Bemühungen auf diesem Gebiet mit Interesse verfolge, zeigte sich gegenüber Spezialkonventionen im Menschenrechtsbereich eher skeptisch. Die "Folterkonvention" allerdings werde von Oesterreich voll unterstützt. Vom Entwurf der Internationalen Juristenkommission hätte er persönlich keine Kenntnisse, falls sich dieses Protokoll aber vornehmlich auf die politischen Häftlinge beziehe, so finde es, da allbereits die Definition eines politischen Häftlings ein Widerspruch in sich sei, Oesterreichs Unterstützung nicht. Zu den Minimalprinzipien meinte er, es sei durchaus denkbar, dass daraus einmal eine Konvention entstehen könnte.

Nachdem Aussenminister Pahr nochmals das Rüstungsthema aufgegriffen hatte, das am Morgen bereits diskutiert worden war, und nachdem seine Frage, ob es zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer, der sogenannten Argen Alp, und staatlichen Organen in der Schweiz etwelche Spannungen gebe, was Botschafter Diez verneinen konnte, bedankte sich der österreichische Aussenminister für die freundliche Einladung und den herzlichen Empfang, und er bekundete seine Freude, nächstes Jahr Bundesrat Aubert in Wien zu einem vielleicht etwas längeren Besuch empfangen zu dürfen.

POLITISCHE DIREKTION



(A. Hegner)



EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT  
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

p.B.15.21.Au.(19) - WI/ra

Bern, den 5. September 1979

VERTRAULICH

- An alle Schweizerischen Botschaften
- An den Ständigen Vertreter der Schweiz beim Europarat, Strassburg
- An die Schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- An das Büro des Schweizerischen Beobachters bei der Organisation der Vereinten Nationen, New York
- An die Ständige Mission der Schweiz bei den internationalen Organisationen, Genf
- An die Schweizerische Delegation bei der Europäischen Freihandels-Assoziation und der GATT, Genf

Kopie an:

Herrn Bundesrat P. AUBERT	Herrn A. GLESTI
Herrn Staatssekretär A. WEITNAUER	Herrn J. BOILLAT
Herrn Botschafter R. BINDSCHEDLER	Herrn Y. MORET
Herrn Botschafter E. DIEZ	Herrn K. RENK
Herrn Botschafter J. MARTIN	Herrn R. HEINIS
Herrn Botschafter A. HEGNER	Herrn H. VON ARX
Frau Botschafterin F. POMETTA	Herrn A. SALUZ
Herrn Botschafter M. HEIMO	Herrn M. KRAFFT
Herrn Botschafter J. CUENDET	Herrn B. DE RIEDMATTEN
Herrn Botschafter E. BRUNNER	Herrn B. FREYMOND
Herrn Botschafter H. KAUFMANN	Frl. C. KRIEG
Herrn Minister J. MONNIER	Herrn A. BILL
Herrn Minister J. ZWAHLIN	Frl. M. VON GRUENIGEN
Herrn Minister M. JACCARD	TR/VP/CX/STE/Cp/VL/BD/DD/DIS/NF/CC
Herrn Minister F. BLANKART	
Herrn Dr. L. MEIER	

Herrn Bundespräsident H. HUERLIMANN, EDI  
 Herrn Vizedirektor B. BITTIG, Bundesamt für Forstwesen, EDI  
 Herrn Vizedirektor F. ENDTNER, Bundesamt für Strassenbau, EDI  
 Herrn E. MARTHALER, Generalsekretär des EDI  
 Herrn Direktor M. ALTDORFER, Bundesamt für Kulturpflege, EDI  
 Herrn Vizedirektor P. DUERST, Bundesamt für Umweltschutz, EDI  
 Herrn Botschafter P. JOLLES, BAWI, EVD  
 Herrn Botschafter C. SOMMARUGA, BAWI, EVD  
 Herrn Direktor J.P. BONNY, BIGA, EVD  
 Herrn Oberst W. MARK, GGST, Op, EMD  
 Herrn Direktor H.-U. ERNST, Eidg. Militärverwaltung, EMD

## I n h a l t s v e r z e i c h n i s

	<u>Seite:</u>
Teilnehmerliste	
<u>Aufzeichnung:</u>	1
I. Bilaterale Fragen:	1
a) Kontaktgespräche auf hoher Beamtenebene	1
b) Abkommen über die konsularische Zusammenarbeit	1
c) Strassenübergang St. Margrethen/Höchst	2
d) Probleme der Rheinschiffahrt	2
e) Kleinere Fragen	2
f) Oesterreichische Wünsche im bilateralen Bereich:	3
1. Das Leitplankenproblem	3
2. Geschichtsbücherkorrektur	3
3. Rüstungsfragen	3
II. Weltprobleme:	5
a) Politisierung der internationalen Organisationen	5
b) Caucus-Verhandlungsmethode	5
c) Haltung gegenüber den blockfreien Staaten	6
III. Spannungsherde:	8
a) Die PLO	8
b) Das Flüchtlingsproblem in Südostasien	9
c) Westsahara	10
IV. Europäische Fragen:	11
a) Erweiterung der EG	11
b) Europäisches Parlament	11
c) Europäisches Uebereinkommen zur Erhaltung freilebender Tiere	12
d) Europarat	12
e) Freihandelsprobleme	13
f) Zusammenarbeit mit EG	14
g) Europäische Menschenrechtskonvention	14
h) Entwurf für eine Konvention gegen die Folter	15



## T e i l n e h m e r l i s t e

### Schweizerische Delegationen bei den Gesprächsrunden vom 3. September 1979

---

9.30 - 11.30 Uhr: Bundesrat P. Aubert  
 Botschafter R. Keller  
 Generalsekretär J. Martin  
 Botschafter E. Diez  
 Botschafter A. Hegner  
 Botschafter J. Cuendet  
 Botschafter C. Sommaruga  
 Botschafter E. Brunner  
 Minister J. Zwahlen  
 Herr A. Bill  
 Herr B. Je Riedmatten  
 Herr F. Nordmann  
 Herr P. Widmer (Protokoll)

15.00 - 16.45 Uhr: Bundesrat P. Aubert  
 Staatssekretär A. Weitnauer  
 Botschafter R. Keller  
 Botschafter E. Diez  
 Botschafter A. Hegner  
 Botschafter J. Cuendet  
 Botschafter C. Sommaruga  
 Botschafter E. Brunner  
 Minister F. Blankart  
 Herr Y. Moret  
 Herr M. Krafft  
 Frl. M. von Grünigen  
 Herr H. von Arx  
 Herr P. Widmer (Protokoll)

### Oesterreichische Delegation

Aussenminister W. Pahr  
 Botschafter H. Thalberg  
 Botschafter A. Agstner  
 Gesandter N. Linhart

Gesandter G. Woschnagg

Botschaftsrat Pramberger  
 Rat H. Knitel  
 Herr A. Apeltauer  
 Herr F. Berner

Leiter der Rechts- und Konsularabteilung  
 Leiter der West-Abteilung in der Poli-  
 tischen Sektion  
 Leiter der Abteilung Presse und Infor-  
 mation

Privatsekretär des Kabinettleiters  
 Erster Botschaftssekretär  
 Presserat